

Herrn
Markus Dörig
Departement für Erziehung und Kultur
8510 Frauenfeld

Frauenfeld, 21. November 2005

UMSETZUNG GESETZSVORLAGE „GELEITETE SCHULEN“

Sehr geehrter Herr Dörig

Vielen Dank für die Einladung zur Vernehmlassung zur Umsetzung der Gesetzesvorlage Geleitete Schule. Wir nehmen sehr gerne dazu Stellung.

Organisation

§ 4 Abs. 2

Bildung Thurgau würde es sehr begrüßen, wenn der Kanton eine kantonale Vorgabe für die individuellen Laufbahnblätter erstellen würde.

§ 4 Abs. 3

Es ist uns bewusst, dass der Grosse Rat ausdrücklich entschieden hat, dass Lehrerinnen und Lehrern an den Behördensitzungen kein direktes Mitspracherecht mehr zugestanden wird. Trotzdem möchten wir an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass die Neuregelung auf grossen Widerstand stösst. Die Schulleitungspersonen sind an manchen Orten keine Lehrkräfte mehr und können diese aufgrund ihrer Rollendefinition nur indirekt vertreten. Diese Regelung hat ausserdem zur Folge, dass der Lehrerschaft je nach Gemeinde trotzdem unterschiedliche Mitspracherechte zugestanden werden. Bildung Thurgau fordert, dass in Schulgemeinden ohne eingesetzte Schulleitung eine von der Lehrerschaft bestimmte Lehrkraft an den Sitzungen der Schulbehörde teilnehmen **muss**.

FORMULIERUNGSVORSCHLAG:

In Schulgemeinden ohne eingesetzte Schulleitungen nimmt eine von der Lehrerschaft bestimmte Lehrkraft an den Sitzungen der Schulbehörde teil. ...

Führung

§ 5 Ziffer 1 und 2

Im Rahmen des vorgesehenen Pensums erscheint es als ein sehr hoher Anspruch, dass die Schulleitungen jährlich jede Lehrkraft im Unterricht besuchen und ein gut vorbereitetes Mitarbeitergespräch führen. Es besteht Gefahr, qualifizierte Schulleitungen permanent zu überfordern und dadurch bekannte Gefahren wie Burnout zu riskieren. Das Pensum wird als zu hoch erachtet. Wenn Schulleitungen überlastet sind, können sie ihre komplexen Aufgaben nicht zufriedenstellend erfüllen, es kommt erschwerend hinzu, dass Schulleitungen gewisse Aufgaben nicht delegieren können.

Postadresse

Bankplatz 5
8510 Frauenfeld

Telefon und Fax

T 052 720 15 41
F 052 720 17 13

Internet

E info@bildungthurgau.ch
W www.bildungthurgau.ch

Ziffer 3

Bildung Thurgau fordert explizit eine **förderorientierte** Mitarbeiterbeurteilung mit Zielvereinbarung. Dieser Zusatz soll in die Verordnung eingefügt werden.

ANSTELLUNG SCHULLEITUNGEN

§ 6

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb das Pensum anhand der Schülerzahlen statt der Anzahl Lehrkräfte, die betreut werden, festgelegt wird. Durch Job-Sharing kann die Anzahl Lehrkräfte auf eine Anzahl Schülerinnen und Schüler stark variieren. Die Anzahl der betreuten Lehrkräfte wirkt sich direkt auf die Führungsarbeit aus. Auch die soziale Struktur einer Gemeinde sollte berücksichtigt werden.

Unterricht

§ 6a Abs. 2

Neuer Formulierungsvorschlag: Der Unterricht wird regelmässig besucht und **förderorientiert** beurteilt. Es besteht ein Konzept für die Besuche und die Beurteilung mittels anerkannter Methoden. **Die Anwendung der Konzepte und Methoden sind im Voraus vom Amt zu genehmigen.**

Es soll verhindert werden, dass Schulleitungen in die gleiche „Falle“ wie Inspektoren laufen, indem sie gleichzeitig fördern und beurteilen. Die Lösung aus Sicht von Bildung Thurgau ist der **förderorientierte** Ansatz. Es besteht zudem die Gefahr, dass ein Wildwuchs an „anerkannten Methoden“ zur Beurteilung entsteht. Um dies zu verhindern schlägt Bildung Thurgau vor, dass die Konzepte und Methoden durch das Departement abgeseget werden müssen.

Es wäre sinnvoll, wenn für Unterrichtsbesuche ein einheitliches Beurteilungsblatt mit sinnvollen Kriterien verwendet werden würde. Dieses soll in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, also auch den Lehrpersonen, entstehen.

§ 6a Ziff. 3

Bildung Thurgau fordert die **ersatzlose Streichung** des Satzes: „Das Departement kann die Durchführung von standardisierten Beurteilungstest obligatorisch erklären.“ Jetzige Beurteilungstests wie das Klassencockpit bauen auf dem Prinzip der Selbstevaluation auf. Die Lehrperson kann mit diesem Instrument ihren Unterricht und das Erreichen der Lernziele prüfen. Wenn diese Form des Obligatoriums eingeführt wird, wird im Unterricht vorgängig auf das Erreichen von guten Resultaten im Test trainiert, dadurch verliert die Lehrperson ein wichtiges Instrument zur Selbstevaluation. Ebenso werden weitere wichtige Lerninhalte und Lernziele ausgeklammert. Des Weiteren soll eine klare Trennung zwischen Lehrer – und SchülerInnenbeurteilung bestehen.

Selbstverständlich unterstützt Bildung Thurgau standardisierte Beurteilungstests, aber nur auf freiwilliger Basis. Ebenso unterstützt Bildung Thurgau die gesamtschweizerischen Bemühungen um einheitliche Standards, doch darf damit die Selbstevaluation auf Seiten der Lehrpersonen nicht ausgeschaltet werden.

Bildung Thurgau weist darauf hin, dass die Gefahr besteht, dass Schülerbeurteilungen zur Beurteilung der Leistung der Lehrkräfte beigezogen werden. Dies dürfte nur dann geschehen, wenn von den Klassen auch Vergleichstests zum Zeitpunkt der Übernahme der Klasse vorliegen. Sollten obligatorische Standardtests trotzdem – z.B. aufgrund von Zwängen von ausserhalb des Kantons – eingeführt werden, dann sollten es höchstens schulinterne Prüfungen sein.

Detailregelung

§ 6c

Bildung Thurgau meldet ihr Interesse für eine Vernehmlassung zur Richtlinie an, in welcher die Qualitätsvorgaben zu Organisation, Unterricht, Entwicklung und pädagogischer Führung geregelt wird. Gerne sind wir auch bereit, daran mitzuwirken.

Anstellungsvoraussetzungen

§ 28b

Es muss gewährleistet sein, dass alle Lehrkräfte Zugang zu Zusatzqualifikationen haben, die es ihnen ermöglichen auch auf anderen Stufen zu unterrichten und so auch die Schulleitungen anderer Stufen zu übernehmen. Zur Zeit werden Kindergärten teilweise von Schulleitungen geführt, die das Primarlehrerdiplom haben. Konsequenterweise dürfte das auch nicht mehr zulässig sein. Es wird gefordert, dass diese Regelung bei den Stufen auf- und absteigend und für alle Lehrkräfte gleichermaßen gilt.

Schulleitungen mit Unterrichtspensen

§ 28c

Die Teilnahme von Schulleiterinnen und Schulleitern an den Teilkonferenzen sollte geregelt werden. Bildung Thurgau schlägt vor, dass vollamtliche Schulleitungspersonen als Gäste teilnehmen können, während solche, die ein Teilpensum unterrichten auch ein Mitspracherecht haben.

Besoldungseinreihung

§ 28d

Die Bezahlung der Schulleitung darf nicht stufenabhängig sein. Es sind andere Kriterien, die einen grösseren oder kleineren Lohn rechtfertigen. Nach unseren Informationen wird auch im Kanton Zürich nach diesem Grundsatz besoldet.

Veranstaltungen der Lehrerschaft

§ 31a

Die Stufenkonferenzen sollen ergänzt werden durch „Fach – und“ Stufenkonferenzen oder durch den von uns benutzten Begriff Teilkonferenzen.

Freundliche Grüsse
Bildung Thurgau

Eva Büchi
Präsidentin Bildung Thurgau

Mette Baumgartner
Geschäftsstelle Bildung Thurgau